

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Projekt Unfairtobacco machen wir auf die Umweltschäden und die Verletzung von Menschenrechten durch die Tabakindustrie aufmerksam. Ganz eindeutig wird das Recht auf Gesundheit durch Tabakprodukte verletzt. Im Tabakanbau hingegen werden auch Arbeitsrechte, Kinder- und Frauenrechte vor allem im Globalen Süden missachtet. Damit behindert die Tabakindustrie auch die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN.

Die Tabakindustrie übt immer noch einen entscheidenden Einfluss auf Politik aus, mit dem Ziel, ihr Geschäft so lange wie möglich profitabel zu erhalten und Regulierung zu verhindern. In den letzten Jahrzehnten hat ihr Image dank gesundheits- und tabakkontrollpolitischer sowie wissenschaftlich basierter Aufklärungsarbeit gelitten.

Die Coronakrise als Gesundheitskrise stellt nun für die Tabakindustrie eine besondere Herausforderung dar. Zentrale Fragen sind dabei: Wie wirkt sich die Pandemie auf das Rauchverhalten der Kund*innen aus? Welche Einbußen sind durch staatlich verhängte Shutdowns und Einschränkungen wirtschaftlicher Aktivitäten zu erwarten?

Viele Tabakunternehmen haben daher Strategien angewandt, um ihren wirtschaftlichen Schaden gering zu halten und sich im Gegenzug gar als sozialverantwortliche Unternehmen zu präsentieren.

Wir haben während der Krise Strategien beobachtet, die ich, analog zum Begriff „greenwashing“, als „crisis washing“ bezeichnen möchte. Unternehmen nutzen die Krise für einen Imagegewinn.

Das Crisis washing der Tabakindustrie fand u.a. als PR-Arbeit, in der wissenschaftlich Forschung und als Lobbying statt.

Dem Tabakindex können Sie entnehmen, dass einige Landesregierungen mit Tabakunternehmen in den letzten Jahren kooperiert haben. Das stellt einen klaren Bruch des Artikels 5.3 des Tabakrahenübereinkommens der WHO (FCTC WHO) dar, mit dem die Einflussnahme von Tabakunternehmen auf politisches Handeln auf ein Minimum reduziert werden soll. Deutschland hat sich dazu mit der Ratifizierung des WHO FCTC verpflichtet.

*Preisträger*in des WHO World No Tobacco Day Award 2017*

Wir zeigen, wie die Tabakindustrie Menschen schadet und die Umwelt zerstört

BLUE 21 • GLS Bank • IBAN: DE81 4306 0967 1124 5708 00 • BIC: GENODEM1GLS • Verwendung: Unfairtobacco

Wir kritisieren u.a. scharf die Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Philip Morris. Berlin lagert seit Mai 2020 Corona-Schutzausrüstung in einer Halle von Philip Morris. Philip Morris stellt die Lagerung eigenen Angaben nach nicht in Rechnung, was einer Spende an die Gesundheitsverwaltung gleichkommt. Dies ist laut WHO FCTC verboten. Der Berliner Senat lässt jedoch bisher keine Einsicht erkennen.

In Hamburg unterstützt die Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH die Obdachlosenhilfe des Diakonischen Werks Hamburg und der Caritas. Das sind kirchliche Einrichtungen, die auch von Sucht betroffenen Menschen helfen. Reemtsma nutzt die Krise zum Eigennutz mit der medialen Inszenierung: Ein hochprofitables Unternehmen, das einen Großteil seines Gewinns auf Kosten der Gesundheit ihrer Kund*innen erwirtschaftet, stellt sich als Retter in der Not dar und lässt sich auf der eigenen Firmen-Webseite dafür vom Diakonischen Werk loben. Gerade wurde das Engagement in Hamburg verlängert bis Mitte nächsten Jahres.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn Unternehmen in Krisen Hilfe zur Verfügung stellen, allerdings sollte darauf geachtet werden, wer aus welcher Intention heraus gibt und ob dabei internationale Normen verletzt werden. Dass Philip Morris Beatmungsgeräte an griechische und rumänische Krankenhäuser spendet, nachdem ihre Produkte bereits jahrzehntelang die Gesundheit vieler Menschen ruiniert haben, erscheint uns grotesk. Einen Imagegewinn durch vermeintlich altruistische Spenden sollte man dem Unternehmen nicht zugestehen.

Auch im Bereich der Wissenschaft versucht sich die Tabakindustrie zu profilieren.

Philip Morris hält einen Anteil von 40% an dem biopharmazeutischen Unternehmen Medicago, das zu einem Impfstoff gegen COVID-19 forscht. Die kanadische Regierung kooperiert mit Medicago, investiert zusammen mit Philip Morris in eine Corona-Impfstoffentwicklung. Philip Morris nutzt dies öffentlichkeitswirksam, allerdings bricht Kanada dadurch gleich mehrere Artikel des Tabakrahenübereinkommens der WHO, ausgerechnet im gesundheitspolitischen Bereich.

Forschung zu einem Impfstoff ist elementar wichtig. Aber: Wer betreibt und wer finanziert diese Forschung? Gibt es einen Interessenskonflikt? Dass die

*Preisträger*in des WHO World No Tobacco Day Award 2017*

Wir zeigen, wie die Tabakindustrie Menschen schadet und die Umwelt zerstört

BLUE 21 • GLS Bank • IBAN: DE81 4306 0967 1124 5708 00 • BIC: GENODEM1GLS • Verwendung: Unfairtobacco

Tabakindustrie uneigennützig Gelder zum Wohle aller mobilisiert und ernstzunehmende Wissenschaft betreibt, ist unwahrscheinlich. Seit langem greift sie unabhängige Wissenschaft an und versucht diese zu diskreditieren.

Es gab auch eklatante Falschmeldungen zu Tabak/Nikotin in der Krise. Im Frühjahr hieß es z.B. plötzlich, dass Nikotin bei einer COVID-19-Erkrankung helfe. Es fehlten jegliche wissenschaftlichen Grundlagen und die Information wurden von Personen verbreitet, die in der Vergangenheit Forschungsgelder der Tabakindustrie angenommen hatten. Das ausgesandte Signal ist fatal und leider haben angesehenen Medien breit darüber berichtet, ohne die Quelle einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Die Lobbyaktivitäten der Industrie nahmen während der Krise weltweit rasant zu, mit dem Ziel gesundheitspolitische Regulierung auszuhebeln. In Ländern wie Südafrika, Indien oder Russland wurde der Verkauf von Tabakprodukten verboten. Daher übte die Tabakindustrie zunehmend Druck auf Regierungen aus, Produktionsstätten, Läden und Tabakprodukte als lebenswichtig für die Grundversorgung aufzulisten, u.a. erfolgreich in Italien. In Südafrika klagte ein Zusammenschluss von Zigarettenunternehmen gegen das Gesetz, fordert jetzt sogar noch nachträglich Entschädigungen für entgangene Gewinne.

Bei der Überwindung der derzeitigen Krise werden alle Kräfte benötigt, doch der Zweck heiligt nicht immer die Mittel. Kooperationen der Tabakindustrie mit staatlichen Stellen sind aufgrund des Tabakrahenübereinkommens nicht erlaubt. Und zivilgesellschaftliche oder kirchliche Initiativen sollten nicht mit der Tabakindustrie kooperieren, um ihre Glaubwürdigkeit nicht einzubüßen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!